

Inhalt

Vorwort	V
Abkürzungen	XVII
Literatur	XXI
Erster Teil Die Grundlagen des Staatsrechts	
§ 1 Der Staatsbegriff	3
§ 2 Die Rechtslage Deutschlands	9
I. Die Entstehung des Grundgesetzes und die Rechtslage Deutschlands vor 1990	9
II. Rechtsprobleme der Einigung und die Rechtslage Deutschlands nach 1990	12
1. Zur Beitrittsform	12
2. Zum Einigungsvertrag als Bundesgesetz und als Vertrag	13
3. Die Rechtsnachfolge (Staatusukzession)	13
a) Die Rechtsnachfolge in das Recht der DDR	14
b) Die Rechtsnachfolge in die Verträge der DDR	14
(1) Die Staatensukzession	14
(2) Die <i>clausula rebus sic stantibus</i>	16
c) Die Rechtsnachfolge in das Finanzvermögen der DDR	17
4. Durchbrechung des Grundgesetzes	17
§ 3 Zur Funktion und Änderung der Verfassung	21
I. Die Funktion der Verfassung	21
II. Der Verfassungsvorbehalt	24
1. Die Verfassung als abschließende Regelung	25
a) Die Grundrechte der Individuen	25
b) Die »Grundrechte« der Gemeinden und der Länder	27
2. Das Staatsorganisationsrecht	28
3. Das Naturrecht	31
4. Der Grundsatz der Zweidrittelmehrheit	32
III. Der Verfassungswandel	33
§ 4 Die Auslegung der Verfassung	37

I. Die vom BVerfG befolgten Interpretationsregeln	39
II. Systeme der Lehre zur Verfassungsauslegung	43
III. Prinzipien der Auslegung des Staatsorganisationsrechts	44
IV. Auslegung des Grundgesetzes	51
§ 5 Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensfehler im Bereich des Verfassungsrechts	55
§ 6 Zur Legitimation des Staates und der Verfassung	79
I. Das Naturrecht	79
II. Die Legitimation des Staates und des staatlichen Handelns	82
§ 7 Zur Definition der Allgemeininteressen	85
I. Entwurf einer neuen Staatszwecklehre	85
1. Philosophische Auseinandersetzung	85
2. Allgemeininteresse	87
II. Zur Realanalyse der Allgemeininteressen	90
III. Das Problem der Interessenträgerschaft	95
IV. Zur Inhaltsbestimmung der Allgemeininteressen	98
 Zweiter Teil Die Staatszielbestimmungen	
§ 8 Das Souveränitätsprinzip	103
I. Zum Begriff und zur Funktion des Souveränitätsprinzips	104
II. Die Bedeutung des Souveränitätsprinzips im modernen Verfassungsrecht	115
III. Die Verankerung des Souveränitätsprinzips im Grundgesetz	117
IV. Exkurs: Souveränität des Volkes und Totalrevision der Verfassung	119
V. Die äußere Souveränität der Bundesrepublik Deutschland	121
§ 9 Das Demokratieprinzip	123
I. Zur Geschichte des Demokratieprinzips	123
II. Die theoretischen Grundlagen des Demokratieprinzips	128
III. Die Ziele des Demokratieprinzips	132
IV. Das Demokratieprinzip in der Rechtsprechung des BVerfG	149
V. Referenden	162
VI. Die Parteiendemokratie	163
1. Konsequenzen der Parteiendemokratie	163
2. Die Chancengleichheit der Partei	168
3. Grundsätze der Parteienfinanzierung	170
4. Das Verbot der politischen Parteien	173
VII. Verfassungsprobleme der Interessenverbände	177

VIII. Die Feinde der Demokratie	181
IX. Die Funktion der öffentlichen Meinung	182
§ 10 Das Rechtsstaatsprinzip	185
I. Allgemeine Inhaltsbestimmung	185
II. Die geschriebene Verfassung als Element des Rechtsstaatsprinzips	197
III. Der Gesetzesvorbehalt	198
1. Die historische Entwicklung der Lehre vom Gesetzesvorbehalt	198
2. Die Herleitung der Lehre vom Gesetzesvorbehalt	201
3. Die Entwicklung der Rechtsprechung des BVerfG zum Gesetzesvorbehalt	209
4. Der Gesetzesvorbehalt bei der Subventionsvergabe	226
5. Die Bestimmtheit der gesetzlichen Regelung	228
6. Die Herleitung des Gesetzesvorbehalts durch die Rechtsprechung des BVerfG	241
IV. Das Gewaltenteilungsprinzip	243
1. Die theoretischen Grundlagen des Gewaltenteilungsprinzips	244
2. Die Rechtsprechung des BVerfG zum Gewaltenteilungsprinzip	254
3. Die Stellungnahme der Lehre zur Rechtsprechung des BVerfG	264
V. Die Rechtssicherheit	265
1. Das Rückwirkungsverbot	266
2. Widerruf und Rücknahme von Verwaltungsakten	270
3. Prinzip der Normenklarheit.	271
4. Bestandskraft der Urteile und der Verwaltungsakte	272
VI. Zu den rechtsstaatlichen Grundlagen des Vertrauensschutzprinzips	273
1. Zum Stand der Literatur	273
2. Zum Rechtsstaatsprinzip	274
3. Die Zuordnung des Vertrauensschutzprinzips zum Rechtsstaatsprinzip	281
4. Zur Konkretisierung des Vertrauensschutzprinzips	286
5. Grundsätze des Verwaltungsrechts	292
6. Grundsätze des Strafrechts	293
7. Einwirkung des Rechtsstaatsprinzips auf die allgemeinen Grundrechtslehren	295
8. Das Gerichtsverfahren: Das Recht auf ein faires Verfahren	295
9. Das objektive Rechtsstaatsprinzip	299
10. Der Konkretisierungsvorbehalt für den Gesetzgeber	304

VII. Zur Struktur des Rechtsstaatsprinzips	305
1. Problemaufriß	305
2. Die geschützten Interessen	308
3. Zu den Abwägungskriterien	315
4. Die Verfahrensprinzipien	316
5. Die rechtliche Durchsetzung des Gerechtigkeitsgedankens: Die »rule of law«	318
6. Zusammenfassung	319
§ 11 Das Sozialstaatsprinzip	321
I. Das Sozialstaatsprinzip in der Literatur	322
II. Der Sozialstaat in der Rechtsprechung des BVerfG	332
III. Soziale Gerechtigkeit als sachlich-gerechte Abwägung aller durch die klassischen und sozialen Grundrechte geschützten Interessen	340
IV. Sozialstaatsprinzip und soziale Grundrechte	355
1. Zum Stand der Lehre und Rechtsprechung	355
2. Das Verhältnis zwischen dem Rechtsstaats- und dem Sozialstaatsprinzip	376
§ 12 Das Bundesstaatsprinzip	389
I. Begriff, Funktion und Theorie des Bundesstaates	389
II. Die Verteilung der staatlichen Kompetenzen zwischen Bund und Ländern	404
1. Zuständigkeiten, Befugnisse und Aufgaben	404
2. Die Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes hinsichtlich der einzelnen Staatsaufgaben	408
a) Die verfassungsgebende Gewalt	409
b) Die Kompetenzverteilung der auswärtigen Gewalt	415
c) Die Gesetzgebung	421
d) Die Zuständigkeitsverteilung hinsichtlich der Verwaltung	431
e) Die Verteilung der Zuständigkeiten für die Gerichtsbarkeit	436
f) Die Zuständigkeit hinsichtlich des Haushalts, der Steuern und Finanzverfassung	436
g) Zuständigkeit für die Gemeinden und andere juristi- sche Personen des öffentlichen Rechts	447
3. Die Tragweite der Kompetenzbestimmungen	453
4. Geschriebene und ungeschriebene Bundeskompetenzen	457
III. Versuch einer umfassenden Bundesstaatstheorie	468
1. Zur Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern: Bezieht sich Art. 30 GG auf die gesamte staatliche Politik?	468

a)	Zur Entwicklung der Rechtsprechung des BVerfG und der Verwaltungsgerichte	469
b)	Zur dogmatischen Einbindung der Rechtsprechung des BVerfG und der Verwaltungsgerichte	472
c)	Zur Notwendigkeit der Entwicklung neuer Zuständigkeitsregeln	479
2.	Zur Verteilung der Kompetenzen zwischen den Ländern im Bundesstaat	481
a)	Die Hoheitsgewalten der Staaten im Völkerrecht . .	481
b)	Die Zuständigkeiten der Länder im Bundesstaat . .	486
3.	Die Anerkennung der Hoheitsakte eines anderen Landes im Bundesstaat	489
a)	Problemstellung	489
b)	Geltungsbereich fremder Verwaltungsakte	490
c)	Anwendbarkeit des Völkerrecht im Bundesstaat? . .	491
d)	Bindungswirkung fremder Hoheitsakte eines anderen Landes	493
e)	Zusammenfassung	499
4.	Die Immunität im Bundesstaat	501
a)	Einführung in die Problematik	501
b)	Zur Immunität im Völkerrecht	503
c)	Die Grundprinzipien im Bundesstaat	506
5.	Zur Funktion des Art. 72 II GG im Kooperationsprozeß	512
a)	Einführung in die Problematik und Stand der Lite- ratur	512
b)	Inhalt und Funktionen des Art. 72 II GG.	513
c)	Rechtsprobleme der »Dritten Ebene«	523
(1)	Die auf die dritte Ebene anwendbare Rechts- ordnung	523
(2)	Einheit oder Vielfalt der Rechtsordnungen . . .	527
6.	Zu den ungeschriebenen Bundeskompetenzen aus der Natur der Sache	529
a)	Zur Rechtsprechung des BVerfG	529
b)	Zur Bedeutung des Art. 72 II GG für die ungeschrie- benen Kompetenzen des Bundes aus der Natur der Sache	533
c)	Die »resulting powers«	539
d)	Voll- und Teilkompetenzen des Bundes	540
e)	Zur umfassenden Wirtschaftskompetenz des Bundes	543
7.	Der Grundsatz der Parallelität der Innen- und Außen- kompetenzen im deutschen Verfassungsrecht	548
a)	Bestandsaufnahme	550
b)	Zur Begründung der Parallelität der Innen- und Außenkompetenzen	552
8.	Die Transformation autonomer Kompetenzen in Mitwir- kungsbefugnisse	557

a)	Einführung	557
b)	Vom Subsidiaritätsprinzip zum Demokratieprinzip	559
c)	Regeln für die Form der Mitwirkungsbefugnisse	566
9.	Zum Rechtsinstitut der Bundestreue - Zur Theorie der subjektiven Rechte im Bundesstaat	567
a)	Zur Grundlage der Bundestreue im Grundgesetz	568
b)	Zur Ableitung der Rechtsfolgen der Bundestreue aus Art. 72 II GG	571
10.	Zur Bindung der Länder an die Ziele der Bundespolitik	584
a)	Problemskizze	584
(1)	Kollision der Ziele	584
(2)	Zuständigkeitsverteilung nach Materien	586
(3)	Bindungen nach dem EWG-Vertrag	588
(4)	Neue Verfassungsinterpretation	589
b)	Lösungsansätze	593
(1)	Interpretation der Zuständigkeitsverteilung	593
(2)	Interpretation des Art. 109 GG	595
(3)	Interpretation des Art. 31 GG	595
(4)	Prinzipien der Bundestreue	596
(5)	Bundesstaatsbegriff	597
11.	Das Verbot der Mischverwaltung	599
12.	Grundprobleme der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern	607
a)	Allgemeine Regeln	607
b)	Zu den Grundsatzurteilen des BVerfG zu Artikel 104 a IV GG	610
c)	Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben	611
d)	Zur ratio der ausdrücklichen Regelung der Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz	615
e)	Sonstige Probleme der Gemeinschaftsaufgaben	619
(1)	Die Funktionen der Länder bei den Finanzierungshilfen	619
(2)	Die durch die Vorschriften über die Gemeinschaftsaufgaben begründeten Rechte und Pflichten von Bund und Ländern	622
(3)	Ergänzung der materiellen Regeln über die Gemeinschaftsaufgaben	624
13.	Zur Konstruktion des Bundesstaates - Versuch einer neuen Theorie des Bundesstaates	626
a)	Vom Dreistaatenmodell zum unitarischen Bundesstaat	627
(1)	Zum Dreistaatenmodell von Hans Kelsen	627
(2)	Der unitarische Bundesstaat Konrad Hesses	629

b) Zur Kumulierung der konstruktiven Modelle	632
(1) Zum Inhalt und zum Anwendungsbereich des Einheitsstaatsmodells	633
(2) Der Anwendungsbereich der Zweistaatentheorie	635
14. Zum kooperativen Föderalismus	653
a) Einheit und Vielheit im Bundesstaat	653
b) Monismus oder Pluralismus im Bundesstaat	654
c) Der Monismus der Rechtsordnung	658
d) Formen der Zusammenarbeit von Bund und Län- dern	662
IV. Die gegenseitigen Zwangsmaßnahmen des Bundes gegenüber den Ländern	668
1. Zwangsmaßnahmen des Bundes gegenüber den Ländern	668
2. Repressalie, Zurückhaltungsrecht und Aufrechnung zwischen den Gliedern des Bundesstaates	669
3. Schadensersatzansprüche im Bundesstaat	671
§ 13 Das Nationalstaatsprinzip	677
I. Zur Geschichte und zum Begriff des Nationalstaats	678
II. Zu den rechtlichen Konsequenzen des Nationalstaats prinzips	682
§ 14 Das Kulturstaatsprinzip	687
§ 15 Sonstige Staatszielbestimmungen	693
I. Das Republikanische Prinzip	693
II. Die Trennung von Staat und Gesellschaft	694
III. Die offene Staatlichkeit	699
§ 16 Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes	709
I. Das Wirtschaftssystem	709
II. Die wirtschaftspolitischen Ziele des Grundgesetzes	718
1. Zum Begriff des »gesamtwirtschaftlichen Gleich- gewichts«	718
2. Zur Tragweite des Art. 109 II GG	720
§ 17 Staat und Gesellschaft: Die Stellung der Parteien und der Interessenverbände im Verfassungssystem des Grundgesetzes . . .	725
Dritter Teil Die Bundesorgane und ihre Aufgaben	
§ 18 Die Staatsfunktionen	741
I. Die Gesetzgebung	741

1. Der Gesetzesbegriff	741
2. Das Gesetzgebungsverfahren auf der Bundesebene	743
II. Der Abschluß von Völkerrechtsverträgen	749
III. Die Rechtsprechung	751
1. Die Funktion der Rechtsprechung	751
2. Die Rechtsprechung im materiellen Sinne	755
3. Der Begriff des Richters	758
IV. Die vollziehende Gewalt	761
1. Die Regierung	761
2. Die Verwaltung	767
a) Der Begriff der Verwaltung	767
b) Funktion und Struktur der Verwaltung aus der Sicht der Leitprinzipien der Verfassung	769
(1) Das Souveränitätsprinzip	769
(2) Das Rechts- und Sozialstaatsprinzip	772
c) Die Strukturprinzipien der Verwaltung im Grund- gesetz	773
d) Die Prinzipien der Verwaltung und die Ordnung des öffentlichen Dienstes	774
e) Der Vorbehalt der Verwaltung	778
3. Die militärische Verteidigung	779
V. Die Planung	783
§ 19 Der Bundestag	785
I. Die Grundlagen	785
II. Der Status der Abgeordneten	789
III. Die Funktionsweise und Struktur des Bundestages	791
1. Die Zusammensetzung des Bundestages	792
2. Die Rechtsposition des Abgeordneten	803
3. Die Fraktionen	809
4. Die Organe des Bundestages	810
5. Geschäftsordnung	813
§ 20 Der Bundesrat	815
I. Die Zusammensetzung des Bundesrates	815
II. Die Funktionen des Bundesrats	820
§ 21 Die Bundesregierung	825
I. Die Bundesregierung im Verfassungssystem des Grundgesetzes	825
II. Die Zusammensetzung der Regierung	826
III. Die Ernennung der Bundesregierung und ihre Abwahl	827
IV. Die Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der Regierung	832

§ 22 Der Bundespräsident	837
I. Die Wahl des Bundespräsidenten	839
II. Die Befugnisse des Bundespräsidenten	840
III. Die Gegenzeichnung	847
§ 23 Das Bundesverfassungsgericht	849
I. Die Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit	849
II. Die Funktion des Bundesverfassungsgerichts	853
III. Die Verfahrensarten vor dem Bundesverfassungsgericht	856
1. Die Organstreitigkeiten	857
2. Die abstrakte Normenkontrolle	858
3. Bund-Länder-Streitigkeiten	859
4. Streitigkeiten zwischen Bundesländern	860
5. Die konkrete Normenkontrolle	860
6. Vorlagepflicht bei Verfahren über die unmittelbare Geltung von Völkerrecht nach Art. 25 II GG	862
Paragrafenregister	863
Artikelregister	865
Sachregister	867